

**Stellungnahme** von akzept, Bundesverband der Elternkreise, Deutsche Aidshilfe, Gesellschaft für Suchtmedizin, Der Paritätische Gesamtverband, Fachverband Drogen- & Suchthilfe und dem JES Bundesverband anlässlich der hohen Zahl drogenbedingter Todesfälle in Deutschland im Jahr 2025

## **Drogentodesfälle weiterhin auf einem sehr hohen Niveau – diese Maßnahmen tragen substantiell zur Senkung drogenbedingter Todesfälle bei**

Die hohe Zahl drogenbedingter Todesfälle in Deutschland im Jahr 2025 ist ein gravierendes Signal, das dringendes Handeln erfordert. Besonders alarmierend ist: Immer mehr junge Menschen sterben. Junge Leben, die hätten geschützt werden können. Junge Menschen, die keine zweite Chance bekommen haben. Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar – sie ist ein klarer Auftrag zum Handeln.

Der polyvalente Drogenkonsum (Opioide, Crack/Kokain, Benzodiazepine etc.) stellt die Hauptursache bei den Todesfällen dar. Im Jahr 2025 sind **2.150** Menschen an Überdosierungen und anderen Folgen des Konsums von psychoaktiven Substanzen verstorben. Hinter jeder drogenbedingten Todeszahl steht ein Mensch, der eine Familie hinterlässt, die mit einem schmerzhaften Verlust leben muss. Angehörige berichten, dass sie sich oft ohnmächtig und alleingelassen fühlen – nicht nur im Moment des Verlustes, sondern auch angesichts einer Drogenpolitik, die zu wenig Schutz, Unterstützung und Perspektiven bietet.

Seit mehreren Jahren verzeichnen wir ein Überangebot an Kokain (und dessen Verarbeitung zu Crack) sowie eine immer stärker sich abzeichnende Opioidkrise\*. Zudem steigen die Zahlen der HIV-Infektionen bei intravenös Drogen konsumierenden Menschen seit Jahren wieder kontinuierlich an. Diese Entwicklungen verschärfen die gesundheitliche und soziale Situation von abhängig Konsumierenden dieser Substanzen zunehmend.

**Diese Entwicklung erfordert umgehendes Handeln**, um die Gesundheit und das Leben der Betroffenen zu schützen und weiteres Leid für Angehörige zu verhindern. Die tausendfachen Todesfälle meist junger Menschen sind ein unüberhörbarer Weckruf für die gesundheitspolitisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen.

**Diesen Herausforderungen stehen wir nicht hilflos gegenüber. Um ihnen wirksam zu begegnen und somit Leben zu retten, sind nur 5 Maßnahmen essenziell, die im Rahmen der deutschlandweiten #Gibmir5-Kampagne vermittelt werden:**

1. **Kommunale Frühwarnsysteme**, um Trends und Veränderungen im Drogenmarkt frühzeitig zu erkennen und gezielt darauf reagieren zu können. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern, Polizei und sozialen Einrichtungen

können wir schneller auf Veränderungen im Drogenkonsumverhalten reagieren und präventiv tätig werden.

2. **Drugchecking** erlaubt es Konsument\*innen, die Substanzen, die sie verwenden möchten, auf Reinheit und mögliche gefährliche Inhaltsstoffe zu überprüfen und durch Beratung die Kompetenzen von Drogenkonsument\*innen zu erhöhen. So können Überdosierungen, Todesfälle und schwere gesundheitliche Schäden vermieden werden.
3. **Drogenkonsumräume** bieten eine sichere Umgebung, in der Menschen unter medizinischer Aufsicht und mit sterilen Utensilien konsumieren können. Hier können frühzeitig Kontakte zu weiteren Hilfeangeboten hergestellt, und Überdosierungen sofort behandelt werden. Auch im Jahr 2025 fand kein Todesfall in diesen Einrichtungen statt.
4. **Naloxon** flächendeckend verfügbar machen und Schulungen zum Umgang mit dem Notfallmedikament für alle Akteur\*innen, die mit Drogenkonsument\*innen in Kontakt stehen, ausbauen. So können wir die Überlebenschancen bei Opioidüberdosierungen deutlich erhöhen.
5. **Substitutionstherapie** reduziert die Mortalität und ermöglicht aktuell Opioidkonsument\*innen einen Ausstieg aus Kriminalität und Konsum. Substitution ist die Basis für die Wiedererlangung gesellschaftlicher Teilhabe<sup>i</sup>. Der Ausbau der Substitutionsbehandlung muss politisch entschieden und entschlossen vorangetrieben werden – durch flächendeckend niedrighschwellige Angebote, vielfältige Behandlungssettings und die konsequente Einbindung aller potenziellen Behandler\*innen.

**Eine flächendeckende Umsetzung einer an Harm Reduction orientierten Strategie ist unabdingbar**, um die Zahl drogenbedingter Todesfälle nachhaltig zu senken und Betroffenen eine Chance auf ein gesünderes Leben zu geben. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, besonders vulnerable Gruppen zu schützen, Risiken zu minimieren und Perspektiven für sie zu schaffen!<sup>ii</sup>

Durch die **Etablierung eines Drogen- und Suchtrates** – unter Beteiligung des Bundes, der Länder, Kommunen, Selbsthilfe, Praktiker\*innen und Wissenschaft – müsste sich die Regierung ein beratendes zivilgesellschaftliches Fachgremium schaffen, das durch seine Interdisziplinarität und Multiprofessionalität eine wirksame Unterstützung bietet, auf bereits bekannte Risiken und neue Herausforderungen schnell und wirksam zu reagieren.<sup>iii / iv</sup>

**Es braucht jetzt entschlossenes Handeln auf allen politischen Ebenen. Der konsequente Ausbau niedrighschwelliger Hilfen, schadensmindernder Maßnahmen sowie evidenzbasierter Behandlungsangebote ist keine optionale Weiterentwicklung, sondern eine zwingende Voraussetzung, um Menschenleben zu schützen. Jede Verzögerung führt dazu, dass weiterhin vermeidbare Todesfälle in Kauf genommen werden. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt, konsequent zu handeln – nicht später.**

**\*Aktuelle Entwicklung auf dem Drogenmarkt:** Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich derzeit mit einer zunehmenden Crackproblematik konfrontiert, die erhebliche soziale und gesundheitliche Folgen mit sich bringt. Crack, eine besonders potente Form von Kokain, führt häufig zu akuten psychischen und physischen Gesundheitsproblemen, erhöht das Risiko für Abhängigkeit, belastet das soziale Umfeld der Betroffenen und stellt eine Herausforderung für die zumeist unterfinanzierten Präventions- und Hilfsangebote dar.<sup>v</sup>

Gleichzeitig droht in Deutschland eine Opioidkrise, unter anderem durch die Verknappung des Heroinangebots auf dem Weltmarkt nach einem drastischen Verbot des Mohnanbaus im globalen Hauptproduktionsland Afghanistan. Auch deswegen drängen vermehrt deutlich potentere synthetische Opioide wie Nitazene und Fentanyl in den Markt. Diese Substanzen sind äußerst gefährlich, da sie ein hohes Risiko für Überdosierungen und Todesfälle bergen. Die zunehmende Verfügbarkeit und die oft unkontrollierte Verwendung dieser Substanzen stellen eine ernsthafte Bedrohung für die öffentliche Gesundheit dar.<sup>vi</sup>

Die Kombination aus Crack- und Opioidproblemen belastet nicht nur die Betroffenen, sondern auch die sozialen und medizinischen Versorgungssysteme der Städte. Umso wichtiger ist es, frühzeitig präventiv tätig zu werden, den Zugang zu niedrigschwelligen Hilfsangeboten zu erleichtern und die Behandlungsmöglichkeiten gezielt auszubauen. Nur so lassen sich Risiken wirksam minimieren und eine Überlastung des Gesundheits- und Suchthilfesystems vermeiden. Neben den individuellen Folgen entstehen zudem erhebliche volkswirtschaftliche Kosten, wenn die Drogenhilfe nicht ausreichend ausgebaut ist – darauf weisen Studien verschiedener Träger sowie des Gesundheitsministeriums des Landes Bayern hin. Demnach kann jeder investierte Euro Folgekosten in Höhe von 17 Euro verhindern.<sup>viii</sup>

#### **Für Rückfragen & Medienanfragen stehen Ihnen zur Verfügung:**

- **Dr. Maurice Cabanis**, Vorstand Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin DGS  
Tel. 0711 2529702                      Mail [info@dgsuchtmedizin.de](mailto:info@dgsuchtmedizin.de)
- **Prof. Dr. Heino Stöver**, Vorstand akzept Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit  
Tel. 0162 1334533                      Mail [hstoever@fb4.fra-uas.de](mailto:hstoever@fb4.fra-uas.de)
- **Eva Egartner**, Geschäftsführung Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. fdr+  
Tel. 0176 1343000                      Mail [geschaeftsfuehrung@fdr-online.info](mailto:geschaeftsfuehrung@fdr-online.info)
- **Dirk Schaeffer**, Referent Drogen und Strafvollzug Deutsche Aidshilfe  
Tel. 030 69008756                      Mail [dirk.schaeffer@dah.aidshilfe.de](mailto:dirk.schaeffer@dah.aidshilfe.de)
- **Gabriele Sauermann**, Referentin Suchthilfe, Der Paritätische Gesamtverband  
Tel. 030 24636 317                      Mail [gabriele.sauermann@paritaet.org](mailto:gabriele.sauermann@paritaet.org)
- **Mandy Rohde-Schmid**, Vorstand Bundesverband der Elternkreise e.V.  
Tel. 0152 02804514                      Mail: [mandy.rohde-schmid@bvek.org](mailto:mandy.rohde-schmid@bvek.org)

<sup>i</sup> S Abel-Ollo, K.; Andree, R.; Colman, C.; Kivimets, K.; Kools, J.P.; Kurbatova, A. ; Moazen, B.; Oja, M.; Pattyn, R.; Perez GAYo, R.; Rigoni, R.; Smit Rigter; Strada, L.; Stöver, H.; Tammi, T.; van der Gouwe,D.; Viskari,I. ; SO-PREP-Toolkit on key responses to synthetic opioids online verfügbar unter [https://so-prep-project.eu/wp-content/uploads/2023/03/SO-PREP\\_Toolkit-D4-2\\_A4-final.pdf](https://so-prep-project.eu/wp-content/uploads/2023/03/SO-PREP_Toolkit-D4-2_A4-final.pdf): letzter Zugriff: 11.11.24 deutsche Übersetzung online verfügbar unter [www.akzept.eu/publikationen](http://www.akzept.eu/publikationen) \_letzter Zugriff: 16.04.26

<sup>ii</sup> Jeziorska, I., Martinelli, T; Kools, J-P (2026): 50 years of harm reduction in Europe: high time for transformation In: Harm Reduction Journal [50 years of harm reduction in Europe: high time for transformation | Harm Reduction Journal | Springer Nature Link](#)

<sup>iii</sup> 12. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2025, S. 9ff. [ADSB2025Fin.pdf](#)

<sup>iv</sup> Stöver, H.; Michels, I.I. (2025): Nationale und lokale Drogenpolitik. In: (DHS, Hrsg.): Jahrbuch Sucht 25, 2. Aufl.; 233ff. [JBSucht2025\\_komplett\\_WEB.pdf](#)

<sup>v</sup> Stöver, H.; Michels (2025; Hrsg.): Der Umgang mit Crack-Konsum in deutschen Städten. Nomos [Der Umgang mit Crack-Konsum in deutschen Städten - 978-3-7560-3063-7 | Nomos](#)

<sup>vi</sup> Albrecht, L.; Alex, D. (2025): Synthetische Opiode – Von der Straße in die Behörde & wieder zurück – Der Bremer Weg von Erster Hilfe bis zur Warnmeldung auf kommunaler Ebene. In: akzept/DAH/Jes (Hrsg.): 12. Alternativer Drogen- und Suchtbericht, S. 82ff. [ADSB2025Fin.pdf](#)

<sup>viii</sup> Kurzbericht zur Studie Analyse zur Wertschöpfung der ambulanten Suchtberatung in Bayern Messung von Lebensqualität (SROI 5) und Ermittlung der Alternativkosten (SROI 3) Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) Sachgebiet GE 6: Bayerische Gesundheitsagentur, Gesundheitsversorgung Schweinauer Hauptstraße 80 90441 Nürnberg [https://www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheit/gesundheitsversorgung/doc/wertschoepfung\\_ambulante\\_suchtberatung\\_kurzfassung.pdf](https://www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheit/gesundheitsversorgung/doc/wertschoepfung_ambulante_suchtberatung_kurzfassung.pdf)